

Erbschaftskataster
nachmitt. mit Anwesenheit
der Beamten und Notars.

Abonnementpreise
monatlich 40 Pf.
vierteljährlich 1.20 Mk.
jährlich, frei ins Haus.
Durch die Post zugew.
1.65 Mk. zinkl. Postgebühren.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage),
monatlich 10 Pf.

Rezeptions-Anschlüsse:
Rezeption: Nr. 808.
Expeditoren: Nr. 1047.
Gesamamt-Bureau:
Polstblatt Halle/Saale.

Sozialist

Insertionsgebühren
betragen für die 6 gespaltene
Zeile oder deren Raum
20 Pfennig.

Die monatliche Ausgabe
30 Pfennig.

Im abonnentenlos Karte
kann die Beilage 75 Pfennig.

Interate
für die (eigige) Nummer
wünschen zahlende Leser
mittels 10 Mark in der
Kapitulation aufzugeben
sein.

Eintragungen in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Triebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Part. 42/43, Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Die Lebensmittelteuerung.

Keine Aufhebung der Futtermittelzölle!

Die Deutsche Tageszeitung, das Organ des großhändlerischen Bundes der Landwirte, beschäftigt sich jetzt auch in längeren Ausführungen mit der drohenden Lebensmittelteuerung, aber sie geht in ihren Ausführungen viel mehr die Weite, den Woblen in der Landwirtschaft nicht nach zu tun, als den Bauern, sondern schon gar der höchsten Bevölkerung zu nützen. „Dah die Preise der Nahrungsmittel steigen werden, ist zu vermuten“, das gibt auch sie zu. Sie läßt sich aber dadurch keineswegs aus dem seelischen Gleichgewicht bringen, sondern lehnt alle Maßnahmen, die geeignet sind, der Not zu steuern, rundweg ab. Selbst die von der Kreuzzeitung ernstlich erhobene Forderung, die Konsumvermaltungen sollten den Wünschen des Zwischenhandels weichen, versteht sie mit fast einschränkenden „mittelfaßfreundlichen“ Bemerkungen.

Sie gibt zu, daß die Herabsetzung der Bahnfrachttarife für Futtermittel nicht mehr sind als „ein Tropfen auf einen heißen Stein“. Für die Bauern hat sie aber nur den eventuellen Vorschlag der Gewährung zinsfreier Darlehen und bleibt damit hinter der sozialdemokratischen Forderung einer durchgreifenden Schuldenstilgung des Bauernstandes weit zurück. Man erfährt aus ihm auch nichts darüber, wer die Zinsen der gewährten zinsfreien Darlehen nun eigentlich bezahlen soll, obwohl der Gedanke nahe liegt, diese Last auf die leistungsfähigen Schultern des Großgrundbesitzes zu legen. Die vielerortsige Solidarität zwischen den Großen und den Kleinen in der Landwirtschaft fände hier eine hohe Gelegenheit, sich auch einmal anders zu betätigen als in leeren Reden.

Daher lehnt die Deutsche Tageszeitung die Aufhebung der Futtermittelzölle ab, obwohl diese Maßregeln, nur ein Verkaufsgewinn der Großen beinträchtigen, den Futtern zu kaufen keinen Nachteil, aber ihnen würde. Auch die Befreiung der Vieheinfuhr von drückenden Schutzzöllen findet nicht ihren Beifall, angeblich wegen der vom Ausland drohenden Seuchengefahr. Zugleich muß sie melden, daß sich die Zahl der von Maul- und Klauenseuche betroffenen Gemeinden und Gebötte trotz aller Abwehrungen in der ersten Hälfte des August verdreifacht hat. Das Verlangen nach der Einfuhr von gesteuerten und Vieheinfuhr überläßt sie vollständig. Am schließlich stellt sie zur Verhütung ihrer obelischen Gärner mit, daß im Landwirtschaftsministerium weder eine Ermäßigung noch eine zeitweilige Aufhebung der Futtermittelzölle erwogen wird.

„Es ist zu vermuten, daß die Lebensmittelpreise steigen werden.“ Was soll dagegen geschehen? Die Antwort der Agrarier lautet: Gar nichts!

nächst eine bedeutende Steigerung erfahren. Ein gleiches wird auch aus den holländischen Grenzgebieten gemeldet.

Die Ermäßigung der Zölle, ein österreichisches Zentrumblatt, schreibt in einem Artikel über die wirtschaftliche Lage des Handels in Österreich:

Die fortwährende Steigerung aller Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse sowie die Erhöhung der direkten und indirekten Steuern und die Verheerung von Handel und Gewerbe durch die Erhöhung der Beamtengehälter hat in den letzten Jahren zu einer empfindlichen Einschränkung der allgemeinen Lebenshaltung in allen Handwerkerfamilien geführt. Fast in allen Handwerkerfamilien sind die Preise für Rohmaterialien und Halbfabrikate gestiegen, zumal die neuen Steuern dem Großhandel geeigneten Anlaß boten, die Preise für Rohmaterialien um, umgewandelt in die Höhe zu schrauben.

Das Zentrum hat zusammen mit den Konserativen die neuen Steuern sowie den Zolltarif, der die Verteuerung aller Lebensmittel brachte, dem deutschen Volk aufgebürdet, das sollte die Ermäßigung der Zölle, wenn es diese Volksgüter dieser Hoffnung berechtigt.

genossen für ihre unaufrichtigen Zwecke auszuspielen. Die Berliner Neuesten Nachrichten sagen von „Sochbera“, ohne daß sie sich die Mühe nehmen, diese fidele Zensur in irgend einer Weise zu begründen. Wie heute die politischen Verhältnisse liegen, ist es kein Wunder, daß die Zentrumspresse den Sozialdemokraten Hilfe unter die Arme greift. Es ist der schäblichsten norddeutschen Zentrumsblätter, die Markt-Sozialzeitung, überschreibt ihren Artikel Volkspartei die Pläne der Sozialdemokraten. Das ist natürlich Unsinn und bleibt es auch, wenn selbst das Berliner Tageblatt von einem „Spiel mit dem Feuer“ schreibt. Der Protest der Berliner Genossen ist nicht anders, als eine kräftige Abwehr gegen die Kriegsbeher, die angeht die Unterbrechung des Markthandels übermäßig denn je geworden sind. Können sie doch, daß die Unterbrechung, das Worthandeln unüberwindlicher Schwierigkeiten andeute, so daß der aus Gesellschaften so lang erhaltene Krieg noch in greifbare Nähe träte. Dieser unerschämten Gesellschaft gegenüber, denen Volkswohl und Volkslust gleichgültig ist, die ihrem Profit alles, auch die Sicherheit des Vaterlandes, zu opfern bereit sind, ist die schärfste Abwehr geboten; und nicht anders war der sozialdemokratische Protest. Wenn Sozialdemokraten im Vereine mit Bankerplattens- und Kanonenschießern hoffen, hier einmal im Trüben fischen zu können, so irren sie sich. Das Volk durchschaut die Beweggründe und läßt sich nicht täuschen.

„Hochverrat“ gegen die Kriegsbeher.

Der Protest der Berliner Sozialdemokratie.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins hielt Sonntag seine Generalsammlung ab. Die Generalsammlung nahm auch Stellung zur Marokkofrage. Das Wesentliche des Beschlusses lautet: „Es wandte sich sofort gegen die Kriegsbeher und erklärte es für die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, dahin zu wirken, daß das Volk über das soziale Spiel, das mit ihm getrieben wird, volle Aufklärung erhalte und alles aufbiete, um den Krieg zu verhindern. Es sei gesagt worden, die Sozialdemokraten würden sich an einem Angriffskrieg nicht beteiligen. Wenn die Sozialdemokraten in Deutschland kämen, um hier Kriegsgewinn zu machen, dann würde jeder Sozialdemokrat die Hände auf den Hüften nehmen. Aber die Sozialdemokratie stehe prinzipiell auf dem Standpunkt, daß sie keinen Krieg haben wolle, und werde alles tun, was in ihren Kräften liege, um einen europäischen Krieg zu verhindern. Denn der Krieg treffe in erster Linie die Arbeiterklasse, die mit Gut und Blut eingezogen habe. Den gewaltigen wirtschaftlichen Schaden, der ungeborenen Not, die in der Gegenwart ein Krieg, der ein Weltkrieg sein werde, im Gefolge habe, müßte die entsprechenden Abwehrmaßnahmen gegenüber stehen, über die sich die Partei klar werden müßte. In diesem Zusammenhang erwinne der politische Waffenfriede eine erhöhte Bedeutung. Die Parteiorganisation sei nicht nur ein Wahlkörper, sondern auch eine Kampfsorganisation.“

Ohne Diskussion über das Referat wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalsammlung der Sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den neuen Kurs der imperialistischen Politik Deutschlands. Sie nennt sich ebenso sehr gegen eine Festlegung in Marokko, wie gegen die Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes durch ein unwürdiges Schachergeschäft. Die Verammlung spricht die Überzeugung aus, daß weder die deutsche Arbeiterklasse noch die deutsche Volkswirtschaft durch neue koloniale Erwerbungen Vorteil haben, daß vielmehr durch solche die Lasten des Volkes vermehrt und unabwehrbar Konfliktlagen geschaffen werden. Mit der größten Entrüstung wendet sich die Verammlung gegen die kapitalistischen Kreise, die aus Eigenruhm oder um ihre Verbrechen in der inneren Politik zu vertuschen, das hinterhältige Vorgehen der Diplomatie heranziehen, um Deutschland in einen europäischen Krieg hineinzuziehen. Die Verammlung erklärt im Namen der gesamten Berliner Arbeiterklasse, daß sie allen vordringlichen Verfassungen, die darauf hinauslaufen, Krieg, Unterwerfung und Vernichtung des Arbeiter-Volkstandes über die Nationen zu bringen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten wird. Die Verammlung spricht ferner ihren Unwillen darüber aus, daß die deutsche Regierung die Entscheidung über die wichtigen und folgenschweren Fragen der Politik in die Hände eines kleinen Anhangs von Diplomaten legt, und die berufene Vertretung des Volkes, den Reichstag, völlig ausschaltet. Die Verammlung verlangt, daß das Volk selbst und seine parlamentarische Vertretung in allen sein Wohl und Wehe betreffenden Fragen zu entscheiden hat, und daß nicht Diplomaten-Intelligenz und absolutistische Willkür Deutschlands Geschicke bestimmen. Die Verammlung bekennt sich rückhaltlos zu den Forderungen der internationalen Solidarität und schließt sich daher allen Friedensbewegungen und Friedensbestrebungen der französischen, englischen und spanischen Arbeiter an.

„Hochverrat“ gegen die Kriegsbeher.

Die Ermäßigung der Zölle, ein österreichisches Zentrumblatt, schreibt in einem Artikel über die wirtschaftliche Lage des Handels in Österreich:

Die fortwährende Steigerung aller Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse sowie die Erhöhung der direkten und indirekten Steuern und die Verheerung von Handel und Gewerbe durch die Erhöhung der Beamtengehälter hat in den letzten Jahren zu einer empfindlichen Einschränkung der allgemeinen Lebenshaltung in allen Handwerkerfamilien geführt. Fast in allen Handwerkerfamilien sind die Preise für Rohmaterialien und Halbfabrikate gestiegen, zumal die neuen Steuern dem Großhandel geeigneten Anlaß boten, die Preise für Rohmaterialien um, umgewandelt in die Höhe zu schrauben.

Das Zentrum hat zusammen mit den Konserativen die neuen Steuern sowie den Zolltarif, der die Verteuerung aller Lebensmittel brachte, dem deutschen Volk aufgebürdet, das sollte die Ermäßigung der Zölle, wenn es diese Volksgüter dieser Hoffnung berechtigt.

Wiedlungen über den Diplomatenstreik.

Nachdem die günstigen Diplomaten eine Erholungsperiode in ihrem Schlaraffenland liegen - Nideren-Wälder ist im Bade und Cambon in Paris - durchzuführen werden allerlei Wiedlungen über die „Kompensationen“, usw. über die Welt. Wir geben folgende wieder:

Paris, 22. August. In der hiesigen politischen Kreise ist man überzeugt, daß eine endgültige Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Marokkofrage nach Überwindung der Unterhandlungen erfolgen wird. Frankreich wird jedoch nach wie vor die Illusion haben, daß die territorialen Forderungen Deutschlands bescheiden seien. Es heißt, die Erwerbung des Hafens Bizerte würde keine Zeit mit geringem Nachdruck betreiben werden und eine Verständigung werde wahrscheinlich durch Abtretung der Insel Gernabo von seitens der Spanier erfüllt werden. Jedenfalls ist man überzeugt, daß, wenn ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich nicht zustande kommt, die Einberufung der Signatarmächte der Konferenz von Algieratz inmitten mit in Aussicht genommen werden dürfte.

London, 22. August. Gestern schloß die wichtigste der Gerücht über die Stadt, Deutschland habe an Frankreich Krieg erklärt. Die Polizei hat Nachforschungen angestellt, um die Urheber des Gerüchtes zu ermitteln. Die Nachforschungen haben zu keinem Resultat geführt.

Die sozialdemokratischen Forderungen.

- Die Generalsammlung der Wahlvereine Rassel-Messing nahm am 20. August folgende Resolution an den Generalsammlung einstimmig an:
- „Die allgemeine Lebensmittelteuerung im Reich hat schon jetzt eine Höhe erreicht, die die größten Notstände hervorzurufen in Bezug auf Leben und Gesundheit der werktätigen Massen unseres Volkes in Stadt und Land.“
- Der künftigen Verteuerung der Lebensmittel und Futtermittel durch indirekte Steuern, Zölle, Grenzsperrn, des Systems der Einfuhrzölle und andere Bestimmungen, haben sich infolge anhaltender Dürre als natürliche Preissteigerungsmittel hinzugesellt die Missetaten im Reich.“
- Am Interesse des nothleidenden Volkes, namentlich auch im Interesse der Kleinbauern und Viehzüchter, die jetzt die Gemeingefährlichkeit der nur den Großen in der Landwirtschaft nützlichen Bölle auf Lebens- und Futtermittel so schwer empfinden müssen, verlangt die Generalsammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Rassel-Messing:
1. Aufhebung der Bölle auf Getreide, Futtermittel, Schlachtvieh und Fleisch;
 2. Aenderung der Bestimmungen des Schlachtvieh- und Fleischbeschaffungsgesetzes, durch die die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch schärflich erschwert oder gänzlich unmöglich gemacht wird;
 3. Befreiung der Waren zur Einfuhr von Schlachtvieh und zur Befreiung der Waren zur Einfuhr von Schlachtvieh nach der Verhütung von Seucheneinfuhr.
- Die Generalsammlung des Sozialdemokratischen Vereins Rassel-Messing ersucht den Parteitag zu Gena, diese Resolution zu seiner Tagesordnung zu machen und die Reichstagsfraktion zu beauftragen, sofort nach Inkrafttreten des Reichstags im Sinne dieser Entschließung zu wirken.“

Zwei besprechende Wiedlungen.

Großbritannienische Blätter berichten aus Köln: Komplette rheinische Wirtschaftskrise berichten, innerhalb weniger Monate würden die Preissteigerungen eine Höhe erreichen wie nie zuvor. In großen Distrikten werden die Landwirte gezwungen, wegen völligen Futtermangels ihren Viehbestand gänzlich aufzugeben. Gegenwärtig werde viel Vieh abgeschlachtet. Dazu sei das Ende der Maul- und Klauenseuche nicht vorausgesetzt. Auch die Milch-, Butter- und Wollepreise werden dem-

Die englischen Kämpfe.

Der Generalsammlung ist abgedroht, obgleich aus einer Anzahl Orten die Meldung kommt, daß sich die Arbeiter weigern, den Kampf aufzugeben. Der Kampf der englischen Eisenbahner trägt alle Spuren des Erwachens zum Klassenbewußtsein - der Friedensstimmung dagegen zeigt die typischen Züge des trade-unionistischen Vergleichsverfahrens. Laborstreik schnell ist er in London unter dem Druck des störenden Verkehrs und der Regierung zustande gekommen, die offenbar eine Weigerung unter ihrer Wirkung um jeden Preis schon aus politischen Gründen wünschen mußte. Daher mußte auch das Doppelangebot der ganzen Bewegung, in dem sich Altes und Neues wunderbar mischt. Wer waren die Kampfmethoden und die Verdrücker der konterrevolutionären Gewerkschaften mit der jungen Bewegung der ungelerten Arbeitermassen, die von der Entwicklung des Verkehrs und der Industrie in nicht mehr zu übersehender Uebermacht geschaffen worden sind, und all sind die Vergleichsmethoden, auf deren Anwendung der Friedensstille bezuht. Nach der Beilegung, daß die Eisenbahndirektionen keinerlei Abzweigungen an Streitenden vornehmen dürfen, interessiert an dem Vergleich am meisten, daß überall bei den folgenden weiteren Verhandlungen und beim schließlichen Einigungsverhandlungen „Vertreter“ der Arbeiter und Angehörigen gleichberechtigt neben denjenigen der Unternehmer zugelassen sind. Wenn dies die Zulassung der Arbeiterorganisationen und ihrer Beamten bedeutet, so läge darin der wertvollste Gewinn des Friedensstilles. Dann würde etwas durchgesetzt, wogegen sich die englischen Eisenbahndirektionen bisher beharrlich sträubten und das auch den letzten, angebotenen Kampf beendete. Man wird abwarten müssen, wie die Auslegung lautet. Sonst aber werden die Abmachungen grundmäßig anfechtbar nicht viel vom alten gewerkschaftlichen Einigungsstille ab, mit dem die Gesellschaften die Verbesserungen ihrer Angehörigen seit 1907 verschleppen konnten. Kein Tarifvertrag mit festen Regeln für Lohn und Arbeitszeit, sondern Behandlung der streitigen Fragen von Fall zu Fall und Entscheidung durch den Spruch paritätischer Einigungsämter. Aber auch dieses Einigungsverfahren soll erw. wenn wie die nicht übermäßig klare Abmachung recht werden, durch eine partielle Konvention mit „unabhängigen“ Sachverständigen so schnell wie möglich festgelegt werden, und ihren Beschlüssen haben sich die Eisenbahner sonderbarerweise

Am voraus unterworfen. Das Ganze ist ein Wirbel von unverbildlichen Verprechungen in Stille des allen Schiedsgerichtsbefahrens, das ja gerade so äusserlich gefeiert und zur Verschleppung aller Arbeitsschreien von den Direktoren missbraucht war. Die Verschleppungsmaschine vollends soll nicht etwa zum Schutz der Angehörigen, sondern ganz einseitig für den Profit der Eisenbahnen in Bewegung gesetzt werden. Man will den Direktoren eine allgemeine Erhöhung der Fahrpreise und Transporttarife für eine Aufbesserung ihrer Angehörigen zufügen, die noch gar nicht feststeht, während die Aufbesserung der bauallen Dörfer für eine Verschleppung mit sich bestimmten Worten in den Bericht aufgenommen ist.

Die nächsten Tage dürften schon mehr Arbeit über all diese Unredlichkeiten bringen. Möge sich der Friedensdienst als ein lebensfähiges Werk herausstellen; dann muß er aber mit dem unangenehm gewaltigen Fortschreiten der englischen Arbeiterbewegung vom bürgerlichen Reich zum Lohn für eine Schicht Vorgesetzter zur organisatorischen Verbindung aller Ausgebeuteten und zur laufenden Mitarbeit an der allgemeinen Organisation aller Arbeiter in allen Ländern anknüpfen. Die soziale Demokratie ist auch in England auf dem Marsch!

Neubungen.

London, 22. August. Während die Stadt wieder ihr gewöhnliches Aussehen angenommen hat, lauten die Nachrichten aus der Provinz nicht sehr beruhigend. In Newcastle hat sich nur ein geringer Teil der autonomen Bahnanlagen zur Wiederaufnahme der Arbeit entschlossen. In Manchester wird ebenfalls weiter getrieben. Die Truppen verbleiben bis auf weiteres in den betreffenden Orten stationiert.

London, 22. August. Das Streikkomitee von Liverpool erklärt gestern abend eine Verfügung, daß die Transportarbeiter heute nicht zur Arbeit zurückkehren sollen, die Kontingenten darunter fort. Aus Nottingham wird gemeldet, daß dort eine Inhaftierung unter den Eisenbahnen herrscht. Es wurde beschlossen, den Streik dort fortzusetzen.

Die Truppen haben auch die Stadt Darlington besetzt. Der bekannte Arbeiterführer Steve Hardie erklärte, der Ausstand habe seinen so bedeutenden Verlauf genommen, wie er anfänglich angenommen habe, doch müssten die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Er fügte aber hinzu, wenn die Eisenbahngesellschaften mit den Arbeitern um ihr Spiel getrieben hätten, werde er in neuer Kampfbereitschaft stehen, der noch einen viel ernstlicheren Charakter annehmen würde.

Die Kriegskosten.

Die sozialen Kämpfe erschöpfen die von der kapitalistischen Presse als „entsetzlich“ gefeiert werden. Doch sind im Vergleich zum August 1911, zu dem die kapitalistische Presse fastwahrnehmbar keine Epitaphien schrieb. Es wird gemeldet: Während ihrer zweijährigen Dauer wurden 19 Millionen getötet; 450 verwundet und 300 Verwundungen vorgenommen. 50.000 Soldaten waren aufgegeben und 6000 Militärsoldaten der der Polizei herangezogen worden. Die Verluste der Eisenbahngesellschaften betragen 14 Millionen, die der Angestellten werden auf 4 Millionen geschätzt, der Verlust auf den Güterbahnen beträgt 6 Mill. Mark und der Verlust an Wohnhäusern 4 Millionen.

Politische Uebersicht.

Salle a. S., den 22. August 1911.

Vom neuen Strafgesetz.

Die Kommission zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuches ist nach der Beratung des allgemeinen Teils; sie hat wieder einen summarischen Bericht über ihre Beschlüsse veröffentlicht, dem wir das Folgende entnehmen:

Ueber die futuristische Stellung der Vorschriften über die Schuld und Zurechnungsfähigkeit will die Kommission erst später Bescheid lassen. Im übrigen ist der Abschnitt Schuld sachlich im wesentlichen nach den Vorschlägen des Vorentwurfs erledigt worden. In Uebereinstimmung mit dem Vorentwurf ist an der Aufnahme von Begriffsbestimmungen des Vorfaßes und der Fahrlässigkeit sowie von Vorschriften über Weisheit und Gefährdungsschuldung beschlossen worden. An Änderungen gegenüber dem Vorentwurf sind zu bemerken: In der Definition des Vorfaßes ist das Willensmoment nicht mehr besonders hervorgehoben, da dies neben der Vererbung des Willens überflüssig und irreführend erschien. Es ist ferner hervorgehoben worden, daß es eventuell Vorfaß nur vorliegt, wenn der Täter mit der Verwirklichung des für möglich gehaltenen Tatbestandes einverstanden ist. In der Begriffsbestimmung der Fahrlässigkeit sind beide Arten der Fahrlässigkeit — bewusste und unbewusste — hervorgehoben. In der Berücksichtigung des Zeitraums über das Strafgesetz ist die Kommission insofern noch weiter gegangen als der Vorentwurf, als die Strafmaßnahme obligatorisch vorgeschrieben ist.

Bei der Begriffsbestimmung der Anrechnungsfähigkeit ist die Kommission nicht unzufrieden mit dem Vorentwurf abgesehen.

Die Cholera und die Armut.

Konstantinopel, 19. August.

Der Mensch gewöhnt sich an alles. Wenn der Tod offen auf der Straße seine Opfer holt, täglich und häufig, dann verliert er den Schrecken des Ungewöhnlichen, und man blüht dem gelächelt, fast gleichgültig in die Augen. Das habe ich während der zünftigen Hungersnot bei der Sterbedemokratie wahrgenommen. Das sehe ich jetzt in der Türkei bei der Choleraepidemie.

Ich lehre soeben von einer Wanderung durch die Choleraherde von Konstantinopel zurück. Meine Journalistenkarriere öffnete mir alle Abteilungen. Und das ist der unheimlichste aller Einblicke, die ich hingewagt, die Gleichgültigkeit, mit der die Bevölkerung aus den Fenstern zusah, wie man einen Lebenden und tote hinwegschaffte. Man hat sich eben daran gewöhnt. Das ist die Cholera; sie kommt und holt sich ihre Opfer. Nicht kennt man das und registriert einfach die Tatlade. Und wenn man sich herabsetzt, so behagt man sich nicht über die Cholera, sondern über die sanitären Maßnahmen.

Die Ärzte und Behörden entziehen sich darüber, und alle Welt kämpft über den Stumpfheit der Massen. Die Sache hat aber ihren tieferen Grund.

„Die haben es gut —“ sagte mir ein Arbeiter in einer choleraerleidenden Straße und zeigte auf ein Haus, das, weil sich darin Choleraerkrankte befanden, abgeperrt war — denen gönnt man zu essen; wir aber gehen in die Verhungert herum!“ Das hängt so zusammen: wird ein Cholerafall konstatiert, so wird das Haus abgeperrt; niemand darf hinein oder hinaus. Da die Leute infolge dessen nichts verdienen können, gibt ihnen die Munizipalität Abrahamsmilch. Die Einwohner der Häuser, in denen noch kein Cholerafall vorgekommen ist und die folglich nicht abgeperrt sind, erhalten, selbstverständlich, keine Unterstützung, Da aber das ganze Stadtviertel wegen

Nach ihrem Beschluß ist als unzurechnungsfähig anzusehen, weil wegen krankhafter Störung der Geistesfähigkeit oder Bewusstseinsstörung nicht die Fähigkeit besteht, das Angeordnete fest zu setzen oder seinen Willen in dieser Hinsicht fest zu bestimmen. Hinsichtlich der verminderten Zurechnungsfähigen hat die Kommission der im Vorentwurf vorgesehenen Strafmaßnahme zugestimmt und ferner beschlossen, daß Strafbestimmungen gegenüber diesen Personen ausgeschlossen sein sollen. Die Kommission hat sich vorbehalten, in den Besonderen Teil eine Spezialstrafandrohung gegen selbstbeschuldete Zeugen zu setzen, die zur Begleichung einer fassbaren Antwort verpflichtet sind, die Vorschriften über die Vernehmung Unzurechnungsfähiger und verminderten Zurechnungsfähigen in Zeits- und Pflegenstellen sind im wesentlichen nach den Vorschlägen des Vorentwurfs angenommen worden.

In dem Abschnitt Strafantrag ist zwischen dem materiellen Antragrecht und der Verjährung in seiner Ausübung scharf unterscheidend worden. Im übrigen sind nur einige unwesentliche Änderungen und Ergänzungen des Vorentwurfs vorgenommen worden.

Vom Schießturse.

Der unglaubliche Schießturselaß des Herrn v. Zagow bringt, wie jeder Mensch mit fünf gesundem Sinnen weiß, freilich die Strafbestimmungen in die Gefahr, von einer weiteren Ausdehnung eines Polizeibrennens angefaßt oder ins bessere Jenseits befördert zu werden. Was dann aus ihren Angehörigen wird, ob sie betteln gehen müssen, nachdem der Ernährer dem „Sicherheitsdienst“ zum Opfer gefallen ist, das kümmert den Staat nicht. Er kümmert sich darum nicht einmal, wenn der Getötete durch die direkte Schuld hantlicher Polizeibeamten und nicht bloß, wie in dem oben angenommenen Falle, ohne ihr Verschulden das Leben eingebüßt hat. In Berlin lebt die Witwe des unglücklichen Arbeiters Hermann, der, wie gerichtlich festgestellt ist, bei dem Mord an der Arbeiterfamilie von zwei Schaulägern in menschenleerer Straße ohne jeden Grund niedergeschlagen und tödlich verletzt wurde. Die uniformierten Mörder sind bekanntlich bis heute nicht gefunden, ebensowenig aber kennt der preussische Staat daran, der Witwe eine Entschädigung zu zahlen. In einem Mandatschreiben für eine Unternehmung hat Frau Hermann vor einigen Wochen geschrieben:

Auf Ihre werthe Anfrage über mein Schicksal teile ich Ihnen mit, daß es noch sehr schlecht steht, denn es sind bereits dreizehn Jahre verstrichen, daß mein Mann tot ist, und ich noch nichts vom Staat bekomme. Es fragt noch nicht einmal einen vom Staat, ob ich mit meinem Kindern etwas zu essen habe oder Nichte bezahlen kann. Wenn ich bei Herrn Wolow und mein Rechtsanwalt nicht meiner angenommen hätten, dann müßte ich nicht, wo ein, wo aus ...

Doch der Staat nobler sein wird, wenn irgendein Zivilist von einem Schumann unmaßstäblich um die Gde gebraucht wird, ist natürlich nicht annehmbar. Um so angenehmer muß der Schießturselaß des Berliner Polizeipräsidenten die Bevölkerung der Reichshauptstadt berühren. Aber der heutige Schießturselaß gehört zum System und zur Zulassung des ganzen Klassenkampfes.

Der Ex-König Manuel hofft auf Wilhelm II.

Die Deutsche Monatszeitung veröffentlicht das Bruchstück eines Briefes, den der portugiesische Ex-König Manuel an einen englischen Finanzmann gerichtet haben soll, und der offenbar der Zweck hat, bei diesem eine größere Anleihe für den gefürzten König zu erwirken. Das Blatt will sich darüber verbergen, daß der Brief echt sei. In diesem Briefe heißt es:

Doch England muß einfach aus Gründen der Gerechtigkeit unterstützt, ist ausgeschlossen. Anders liegt der Fall bei Spanien und dem deutschen Kaiser. Insbesondere, was diesen letzteren anbetrifft, gebe ich mich der festen Voraussetzung hin, daß Kaiser Wilhelm, der der einzige Idealist unter den europäischen Fürsten und Diplomaten ist, mich gegebenenfalls nicht im Stich lassen wird. ... Ich danke Ihnen für ... und für Ihre Bemerkungen in den Kreisen der englischen Diplomatie über ich mir, daß Sie meinen Erfolg haben würden. Es grüßt Sie immer genaugen Manuel.

Es scheint zweifelhaft, ob dieser Brief echt ist, es ist aber immerhin anzuerkennen, daß alle diese Anträge vorliegende gegangenen Fürsten ihre Hoffnungen auf Deutschland setzen. Das Monatsblatt verwahrt sich übrigens dagegen, daß Wilhelm II. die monarchistische Bewegung in Portugal — die zurzeit eine revolutionäre ist — unterstützen könne. Das Blatt fragt, wann und wo denn Wilhelm II. etwas ausgesprochen habe, das zu dieser Hoffnung berechtigt.

Deutsches Reich.

— Eine neue Blamage der heinrichischen Polizeistärke. Eine besonders heutzutage Abstellpolitik ist die Schießturselaß gegen die dänischen Landbesitzer geführt worden. Die Polizei schickt die dänische Kolonne von Anaben; und

Studentenmühen, wenn Touristen nach Norddeutschland kamen, und eine Weile Polizeistärke wurden häufig verhängt, weil norddeutsche Dänen auf einem jeft nebenander eine rote und eine weiße Blume im Anspioß trugen.

Nachdem nun seit 1865, und erst neuer, dieser Farbenkrieg die Polizei lächerlich gemacht hat, ist soeben durch Gerichtsbescheid entschieden, daß das ganze Farbenverbot ungültig ist, also der jahrelange Farbenkrieg mit allem Verhängen, Räderleihen und Denunziationsbriefen auf ungeleglicher Grundlage geführt ist.

Oesterreich-Ungarn.

Seine Fleischschneide. Die österreichische Regierung hat die in den Verhandlungen über die Fleischfrage von ungarischer Seite beanpruchten Gegenkonzeptionen abgelehnt. Da auch für die Einfuhr des in Triest lagernden Quantums von 700 Tonnen die Zustimmung Ungarns nicht zu erlangen war, müssen nach der bestehenden Fleischlage alle Fleisch argentinisches Fleisch einführen zu dürfen, abgemessen werden.

Die ungarischen Agrarier sperren also den österreichischen Konsumenten die billige Fleischzufuhr aus dem Ausland!

Aus der Partei.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen.

So wird uns aus der Schweiz geschrieben, halten auch unsere im Auslande lebenden Genossen in regster Spannung. In der Schweiz haben in mehreren Orten die deutschen Arbeitervereine für jede Woche einen Abend angelegt, an dem durch Rezitate und Diskussionen die Genossen über die Vorgänge in Deutschland auf dem Laufenden erhalten werden. Der über 1900 Mitglieder zählende Sozialdemokratische Verein in Zürich hat ferner beschlossen, von jedem Mitgliede 1 Frank Extrabeitrag zu erheben und den Betrag zu gleichen Teilen den deutschen und österreichischen Genossen für die Kosten des Wahlkampfes zur Verfügung zu stellen. Viele Genossen, die es irgendwie erlangen können, und solche, die so wenig arbeiten können, teils in ihre Heimat zurück, um das Heim helfen zu können, die Hebröndler, Oldenburg und Konstanz in die Pässe zu hauen. Ueberall herrscht begeisterte Stimmung und in den Kreislagern der Arbeitervereine werden die Berichte in den deutschen Parteiblättern über die Schärmeigel mit den Feinden lebhaft diskutiert. Von den in der Schweiz bereits diesen Herbst bevorstehenden Nationalratswahlen ist dagegen noch gar nichts zu vernehmen.

Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Schweiz wurde Sonntag abend in Meilen eröffnet. Es sind 75 Delegierte, die Reichstagsabgeordneten und die Landesorganisation anwesend, im ganzen 122 Personen. Der Parteivorstand ist durch den Genossen Pannanuch vertreten, der eine Anrede hielt, in der er besonders auf die bevorstehenden Reichstagswahlen hinwies und die Pflicht des Parteivorstandes gegenüber den erfolgten Angriffen der Presse betonte, alles genügend vorzubereiten, um in dem großen bevorstehenden Reichstagskampf erfolgreich zu bestehen.

Am Montag vormittag wurde die Sitzung fortgesetzt. Den Bericht des Zentralkomitees erstattete Genosse Schütz. Der Bericht konstatiert auf allen Gebieten der Parteibewegung einen mächtigen Fortschritt. Die politische Organisation hat um 2000 Mitglieder zugenommen, in besonders erfreulicher Weise auch die Zahl der organisierten Frauen. Nach dem Bericht des Komitees des Zentralkomitees sind die Finanzen gut; man hofft, ohne Hilfe des Parteivorstandes die Reichstagswahlen durchzuführen zu können. Eine Debatte über die Berichte fand nicht statt.

Genosse Sindermann be sprach den neuen Organisationsentwurf. Die Debatte drehte sich vor allen Dingen um drei Punkte. Einmal um die Veranschlagung der Presse in tattischer und prinzipieller Hinsicht; dann um die Ausführung von 10 Proz. an die Komitees und 3 um das Stimmrecht der Komitees in den einzelnen Kreisorganisationen. Die Debatte darüber füllte fast den ganzen Tag aus. Schließlich wurde auf Antrag des Genossen Geyer-Weizig eine Kommission gewählt, die den Entwurf noch einmal durcharbeiten und Dienstag Bericht erstatten soll.

Ein Antrag wurde angenommen, der die Landesorganisation beauftragt, Anträge auf Erweiterung des Bauarbeiterkluges in Sachien einzubringen.

Die Jagd auf Keines Geist.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Kiew wurde Montag nachmittag in den Räumen der Buchhandlung des Volksklub zu Wodum nach Heinrich Keines Wintermärchen politisch gehänselt, jedoch — „ohne Erfolg“.

Keines Geist ist für die königlich preussische Staatsanwaltschaft nicht so leicht zu erwischen wie ein sozialdemokratischer Redakteur, den die Obrigkeit erwischt, seine Adresse ins Blatt zu legen. Im übrigen — es wird immer fiderel!

Ausgleich verdirbt die Bevölkerung die Kranken. Aber einen Augenblick gibt es, wo kein Sterbender mehr hilft; das ist, wenn der Tod eintritt. Dann wird die Leiche einfaß vor die Türe gelegt, wo sie oft auf offener Straße Hundebengel aufgabelt, bis die Sanitätskommission sie wahrnimmt.

Immer von neuem erscheint die Tragödie der Sanitätskommission und die Nachbarn schauen aus den Fenstern so.

Man hat eine Gewaltmaßregel verurteilt. Man hat eine Anzahl Kranke und die Bevölkerung der choleraerleidenden Häuser aus der Stadt geschickt und in Zellen am Ufer des Goldenen Horns untergebracht. Ich war in diesem Lager der Ausgesprochenen. Hier haben sich sonstige Leute, da mag es noch hängen; beim Regen aber würde ich das ganze Lager in einen Sumpf verwandeln, denn es zieht sich am Fuße einer Ufermauer, die die militärische Überwachung ungenügend erleichtert, aber andererseits für die Wälder eines Stützpunktes den Abfluß bildet. Die moralische Wirkung dieser Verschickung ist ungewöhnlich. Die Leute verlieren all ihren Mut, sie geben sich von vornherein für verloren. Da ihnen bis jetzt nicht einmal erlaubt war, Briefe zu schreiben, so sehen sich viele materielle und seelisch zugrunde gerichtet. Auf meine Veranlassung wurde in einem Fall verprochen, auf Distanz einen Brief abzulassen. So muß bemerkt, daß es mir schwer war, mit diesen Menschen zu sprechen, da ich mich ihnen nur in ärztlicher und militärischer Begleitung nähern durfte und die Leute sehr eingeschüchtert ausahen.

Ein großer Teil der Choleraerleidenden wurde aus dem am meisten infizierten Gebend nach einem benachbarten Stadtteil übergeführt, woraus offenbar auf der anderen Seite die Gefahr einer räumlichen Verbreitung der Epidemie entspringt. Es ist ein großes, ein furchtbares Gend, und der Hauptgrund dieses Gendes ist — das Gend.

Die Cholera ist die Krankheit der Armen und zugleich die Plage, die die Armut an dem Reichtum nimmt. Darum,

Ausschlussverfahren.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins für Solingen beschloß das Verfahren auf Ausschluß Gerhard Dildebrands aus der Partei einzuleiten.

Gewerkschaftliches.

Anschluß an den Transportarbeiterverband.

In einer Versammlung des Straßenbahnerverbandes Ludwigshafen, die am 11. August stattfand, wurde Bericht über die Zusammenfluß-Verhandlungen mit dem Deutschen Transportarbeiterverband erstattet und hierauf gegen eine Stimme der Anschluß an letzteren beschlossen. Der Anschluß erfolgt am 1. September.

Die Klagen der Steiger.

In Wehring bei Eilen lagte am vergangenen Sonntag die fünfte Generalversammlung des deutschen Steigerverbandes. Auf den früheren Tagungen waren wiederholt Klagen laut geworden über die zu lange Dienstzeit, die Straftatigkeiten und die regelmäßige Sonntagsarbeit. Es wurde in der Versammlung behauptet, daß die förmlichen Vergehörden bis jetzt dagegen noch nicht eingeschritten seien, weshalb sich deswegen nicht, weil die staatlichen Gerichte im Ausbreiter selbst auf ihren Klagen viele Dienstverhältnisse nicht mehr überwinden könnten. Angenommen wurde eine Entschuldigungsliste, die Klagen enthält, daß trotz des vorhandenen Steigererlöses noch ungeheure Leute als Beamte verpflichtet würden. Den Reichstag ersucht die Versammlung, die Grubenbeamten bei der Beratung des Privatbeamten-Verordnungsprojektes in den Knappheitsstellen zu befreien.

Kreisitag von Sangerhausen-Edwardsberg.

Um 1/2 12 Uhr wurde die diesjährige Generalversammlung (Kreisitag) der Parteioffizianten des Wahlkreises Sangerhausen-Edwardsberg durch den Kreisvorsitzenden Genosse Hoff-Sangerhausen eröffnet. Nachdem er in der üblichen Weise die erschienenen Delegierten begrüßt und ein anderer Sangerhäuser Genosse einen Begrüßungsgruß gesprochen hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Anwesend waren insgesamt 15 Delegierte aus 8 Orten, und zwar aus Sangerhausen 4, aus Artern 4, aus Helbra 2, aus Oberböblingen a. S., Wallkhausen, Delbrungen, Mölske, Niedersiedl ein Delegierter.

Der erste Punkt der Tagesordnung, der bereits gedruckt im Volksblatt erschienen ist, führte Genosse Hoff noch ergänzend aus, daß im Kreise noch sehr viel Arbeit geleistet werden müsse, ehe man mit dem erzielten Erfolg einzuweichen zufrieden sein könne. Untere Aufgabe müsse es sein, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern einen weit größeren Prozentsatz für die politische Organisation zu gewinnen. Gegenwärtig sei nur ungefähr 1/4 der gewerkschaftlich Organisierten auch politisch organisiert. Durch eine ständige sich wiederholende Propaganda müsse ihre Verringerung geschehen werden. Auch in der Zukunft müßten die Genossen entschlossener auf die Warte rücken, damit wir wenigstens in den wichtigsten Orten Verammlungslokale bekommen. Dann sei es nötig, daß auch in den kleinen Filialen die Genossen monatlich regelmäßig zusammenkommen, weil dadurch ein engerer Zusammenhalt geschaffen würde, der erst die Grundlage für weiteren Fortschritt biete. Zum Teil sei in einzelnen Filialen noch einmündiges Sammelgebiet vorhanden, die unbedingt schwinden müsse, denn die kommenden Reichstagswahlen würden die größten Anforderungen an unsere Arbeitsträfte stellen und jeden Genossen aufs äußerste anstrengen.

Zum zweiten Punkt, dem der Kreisaffizierter, Genosse Simon, hervor, daß zwar die Massenverhältnisse sich gegen früher sehr gehoben hätten, daß aber auch höhere Anforderungen als früher an die Kreisaffiliäre gestellt würden. Auch die Hauptlast in Berlin wolle sich mehr auf dem ihr zustehenden Prozentanteil der Mitgliedsbeiträge, so daß die Kreisaffiliären um ziemlich häufig aufgeschraubt worden seien. An diese beiden Berichte schloß sich eine kurze Debatte, nach der dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt wurde.

Zum dritten Punkt, dem Reichstagswahlen, referierte der Kandidat des Kreises, Genosse Widlein von Nordhausen. Er sprach nach seinem allgemeinen Rückblick die Situationen wie sie im Sangerhäuser Kreise liegen, hob hervor, daß der kommende Wahlkampf zwar als Ergebnis eine starke Steigerung der Stimmenzahl unserer Partei bringen werde, aber leicht werde uns dieser Kampf nicht gemacht. Die gegenwärtigen Wankstellen zwischen den bürgerlichen Zeitungen Sangerhausens seien zwar ganz interessant, aber tötend werden bedeutsamen Wert für die Gestaltung des kommenden Wahlkampfes hätten sie nicht. Wichtiger sei schon die Verchiebung der Kandidaturen unserer Gegner. Wir haben jetzt auch noch eine nationalliberale Kandidatur bekommen. Die Dreißigjährigen seien augenscheinlich große Vorurteile auf ihren Sieg. Man habe ja sogar in Nordhausen jetzt einen nationalliberalen Parteisekretär eingesetzt, der auch auf den Sangerhäuser Kreis seine Tätigkeit in hervorragendem Maße ausdehnen. Behauptung wäre es, daß dieser interessante Herr ein fetzungsaffizierter Ausbreiter sei und trotzdem seine Agitation gegen uns ganz in der Weise des Reichsverbandes führe. Nach Besprechung der hauptsächlichsten innerpolitischen Vorgänge kam Redner auf die Markoffviren und die durch sie verursachte Kriegsbegeisterung zu sprechen und gestellte scharf die Arbeit der Markoffopferanten. Es scheint ja, daß dieser Konflikt ohne ernsthafte Folgen vorüberziehe. Durch die Politik der Missionen würden aber die Völker ihres Marktes beraubt, da ein Volk dem andern nachzudenken befreit sei. Die Frage der Abrüstung, wie überhaupt die Necessitäten würden bei den kommenden Wahlkämpfen in den Vordergrund zu treten sein. Die Wahlrechtsfrage werde ebenfalls eine große Rolle spielen, denn man muß den Esch-Abstimmungen unter dem Vorwand der Verhältnisse ausweichen, könne man den Wählern nicht länger vorkommen. Die Wahlrechtsfrage werde unter Wahlhörer sein müssen. Jedemfalls würde für eine gründliche Schulung des Volkes zu sorgen sein. Der Wahlkampf werde der schwerste sein, der bisher geführt worden ist, aber wir würden mit den Erfolgen zufrieden sein können, wenn jeder Genosse seine politische Pflicht und Schlichtigkeit tue. Das ausgedehnte Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion wurde nicht befohlen.

Ueber den Punkt Presse referierte Genosse Hoff. Er gab den Stand der Parteipresse im Kreise bekannt und hob hervor, daß gegen das Vorjahr ein allerdings kaum nennens-

wertes Rückgang zu bezeichnen sei. Am Rückgang seien wiederum fünf ausschließlich die Bergarbeiter beteiligt. An den Grund dieses Vorwurfs, die kommenden Parteien des Wahlkampfes auszunutzen zur Werbung neuer Momente für das Volksblatt. Wohin die herrschenden Gewalten hinaus wollten, zeige ja die hohe Weltstimmung, die das Volksblatt in vergangenen Jahre der Politik offen müßte. In der Diskussion über diesen Punkt trat der Kandidat des Kreises, Genosse Widlein hervor, daß in letzter Zeit viel Klagen über die Wechsellager des Volksblattes laut geworden seien, und zwar nicht etwa solche, die nur einer vorübergehenden Verärgerung die Worte entströmen ließen, sondern vielmehr Klagen, die einen durchaus realen Hintergrund hätten. Es müßte in Zukunft mehr darauf die lokale Vertriebsleitung Wert gelegt werden. Das Volksblatt müsse nicht nur Aufmerksamkeit auf die politischen, sondern auch die lokalen Vorgänge verbreiten. Dabei sei der Kreis Sangerhausen sehr vernünftig worden. Wenn seine Vertriebsstellen Genossen vorhanden waren, dann müßte die Redaktion sich solche zu bilden versuchen. Genosse Köhler-Sangerhausen bedauerte, daß die Sangerhäuser Filiale den Beifall, die Nordhäuser Vertriebsleitung einzufließen, verweigert habe. Mit der tatsächlichen Haltung des Volksblattes sei er ganz einverstanden, doch könne ein kleineres Blatt besser auf die Massen wirken. Im übrigen polemisierte der Redner, gegen die an den Sangerhäuser Versammlungsbericht angelegte Redaktionsbemerkung, brachte einige Bemerkungen über nicht veröffentlichte Berichte vor und sprach über die Vorwürfe, daß die Redaktion des Volksblattes dem Sangerhäuser Kreise in Zukunft mehr Raum zur Verfügung stellen würde. Nach einigen Bemerkungen der Genossen Franke, Drescher, Kirßen und Köhler ging Redner Genosse Kasparek auf die vorgedachten Punkte ein. Er erklärte, die Redaktionsarbeiten seien, mit denen die Redaktion zu rechnen habe, und hob hervor, daß er sich - leider vergeblich - ernst bemüht habe, die Genossen aus den größeren Orten zur Mitarbeit heranzuziehen. Der Kreis sei in seiner Weise den Arbeitern gegenüber zurückgefallen worden. Man möge nicht nur kritisieren, sondern vor allem selbst bei der Ausschaltung der Wähler mitarbeiten, indem man alle wichtigen Ereignisse auf dem richtigen Wege der Redaktion mitteile. Redner ersuchte die Delegierten, überall einen Genossen mit der Vertriebsleitung zu betrauen, dann würden die Klagen, wenn auch nicht ganz verschwinden, so doch auf ein geringes Maß herabgedrückt werden.

Durch Zuruf wurde darauf die Kreisleitung in ihrer alten Besetzung einstimmig wiedergewählt. Genosse Hoff dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und ersuchte um rege Mitarbeit. Zum Beifall sollen Delegierte aus den Sangerhäuser Filialen, Köhler und Helbra je 1. Genosse Widlein wurde darauf einstimmig als Delegierter zum Parteitag gewählt.

Anträge waren von den Filialen nicht gestellt. Die meisten Delegierten bestritten dann noch über die Verhältnisse in den einzelnen Kreisen, wobei die Verhältnisse aller Kreise, die Fortentwicklung desselben überall durch den Vorkommnisse, auch infolge der Interkommunikation der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gekennet werde. Verbante Klagen wurden darüber laut, daß noch viele Arbeiter in bürgerlichen Berufen tätig seien und durch ihren politischen Aktivismus mit manchem. Die Werbung neuer Mitarbeiter für die Partei sei sehr schwierig, ebenso halte es schwer, dem Volksblatt einen größeren Einfluß zu verschaffen. Man werde jedoch überall eine intensive Agitation für die Parteipresse entfalten. Weiter wurde allgemein der Wunsch ausgedrückt, daß die Zusammenkünfte und Versammlungen بهتر besucht werden möchten. In den kleinen Orten seien die Genossen Säulamer oder Art ausgesetzt. - Sangerhäuser Sangerhäuser brachte zur Kenntnis, daß für die Zeit des Wahlkampfes es notwendig sei, zur Unterstützung des Vorstandes und zur Leitung der Wahlkämpfe einen Genossen benachrichtigen, der häufig entzündet werde. Dem wurde zugestimmt. Der Kandidat Widlein nahm nochmals Gelegenheit, den Delegierten aus Fern zu legen, für uns unablässige Tätigkeit befohlen zu sein. Wir müßten die Agitation an verschiedenen Punkten ausdehnen. Der Kreisaffizierter wurde durch den Kassierer Simon mit dem Bericht über den Stand der Partei im Nordhausen mit seiner industriellen Bevölkerung der Organisation zuzuführen, daß dort die Agitation leidet werde. Gestanden wir uns alles, so können wir sagen, es geht vorwärts. Der Vorsitzende Hoff sprach den Wunsch aus, daß die einzelnen Filialgruppen, die Wege finden müßten, den Reich um Wortwachen mit seiner industriellen Bevölkerung der Organisation zuzuführen, daß dort die Agitation leidet werde. Gestanden wir uns alles, so können wir sagen, es geht vorwärts. Der Vorsitzende Hoff sprach den Wunsch aus, daß die einzelnen Filialgruppen, die Wege finden müßten, den Reich um Wortwachen mit seiner industriellen Bevölkerung der Organisation zuzuführen, daß dort die Agitation leidet werde. Gestanden wir uns alles, so können wir sagen, es geht vorwärts.

Aus den Nachbarkreisen.

Die Gewerkschaft im Aufstiegsstadium. Nach den Jahresberichten der Regierungen und Gewerkschaften, veröffentlicht vom statistischen Landesamt, sind im verflochtenen Jahre in Preußen insgesamt 153 649 Revisionen gewerblicher Betriebe vorgenommen worden, darunter 2164 Revisionen in der Nacht und 3928 Revisionen an Sonn- und Festtagen. Einmal jährlich wurde revidiert 69 679 Betriebe, zweimal jährlich 11 780 Betriebe, drei- und mehrmals jährlich 6505 Betriebe. Unfallunterjungen fanden 24 379 statt. Im Aufstiegsstadium der Revisionen wurden insgesamt 3123 Revisionen ausgeführt, darunter in der Nacht 44, an Sonn- und Festtagen 114, im übrigen 2965, zweimal jährlich 847, drei- und mehrmals jährlich 138 Betriebe revidiert. Unfallunterjungen fanden 204 statt. Die Zahl der im Aufstiegsstadium Vernehmung vorhandenen Fabriken stellt sich auf 4576. In denselben waren beschäftigt: Erwaadene männliche Arbeiter 70 785, Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahren 9663, über 21 Jahre 1175, junge Leute von 14 bis 16 Jahren männlich 5111, weiblich 1833, Kinder unter 14 Jahren männlich 42, weiblich 8, das sind insgesamt 90 318 Arbeiter.

Die Zahl der Zwangsarbeiten gegen die Schulgefeße und Beschränkungen, bez. die Beschäftigung ausweidender Arbeiter, betrug 414, davon betrafen die Bestimmungen über Arbeits- und Lohnzahlungsstellen 131, Anzeigen, Verzeichnisse, Ausbänge 199, Ausschluß der Kinder von Fabrikarbeit (S 135, Abs 1, G.-B.) 9. Dauer der Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten 26, Pausen 7, Nacharbeit 7, Sonntagsarbeit 31, sonntags 10. Diese Zwangsarbeiten wurden in 378 Anzeigen ermittelt. Beirrat wurden 132 Personen. Zwangsarbeiten gegen die Schulgefeße und Beschränkungen, bez. die Beschäftigung von Arbeiterinnen wurden 108 ermittelt. Davon betrafen die Bestimmungen über Anzeigen und Aus-

bänge 82, Arbeitsdauer 1, Mittagspausen 1, Beschäftigung an Sonnabenden und Vorabenden der Festtage 11, sonntags 11, Nacharbeit 2. Diese Zwangsarbeiten wurden in 38 Betrieben festgestellt. Beirrat wurden 28 Personen. Auf Grund des S 135 Abs. 1 bis 5 der Gewerbeordnung wurde Heberarbeit für Arbeiterinnen - (als Heberarbeit gilt eine tägliche Beschäftigung von längerer Dauer als 11 oder an Sonnabenden 10 Stunden) - bewilligt an Wochentagen (außer Sonnabenden) auf die Dauer von täglich bis einer Stunde in 19 Fällen, über 1 bis 1 1/2 Stunden in einem Falle, über 1 1/2 bis 2 Stunden in drei Fällen; es kamen hierbei 651 Arbeiterinnen und 522 Betriebsstagen in Betracht. Insgesamt betrug die Summe der bewilligten Heberstunden 23 141. Ausnahmen an dem Verbote der Sonn- und Festtagsarbeit wurden auf Grund des S 106 der Gewerbeordnung bewilligt für 59 Betriebe, und zwar bis zu 5 Stunden in 19 Fällen, 5 bis 8 Stunden in 25 Fällen, über 8 Stunden in 21 Fällen. Die Zahl der bewilligten Arbeitsstunden betrug insgesamt 18 488 an Sonn- und Festtagen. Die Zahl der Arbeiter, für welche Sonn- und Festtagsarbeit zugelassen war, stellte sich auf 2015.

Ernstleben. Feuerbrände. Vier wurde am Sonntag nachmittag eine dem Sonnenbader Straße gehörige, vor kurzem erst neuerbaute und mit Elektroarbeiten reichhaltig große Scheune vom Feuer zerstört. Noch bis spät in die Nacht hinein verbreitete das riechige Altschmelze einen unheimlichen Geruch.

Eine in Ermsleben den Abend vorher brennende den abgehenden Kreisen angehörende Inhaberscheide Dame meinte, das Feuer müsse böswillig angezündet worden sein, und war wahrscheinlich von einem - Sozialdemokraten! - Welche entsetzliche Verurteilung doch die Reichsbeschuldigung in Geist und Gemüt gewisser Kreise angezündet haben muß!

Am benachbarten Königsdorf brannten am Sonntag vormittag mehrere dem Landwirt Budmann gehörige Wirtschaftsgüter nieder. Größere Strohbarren verbrannten mit.

Mischel. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde der sogenannte Rententitel an Herrn Roland für den jährlichen Pachtzins von 750 Mark veräußert. Herr Roland hat sich verpflichtet, den schadhaften Keller auf seine Kosten reparieren zu lassen, und nach zehn Jahren ihn der Gemeinde in guten Zustande wieder abzugeben. Dazu wurde beschlossen, bis 15. September auf Kosten der Gemeinde vier Jagdsiegenböde zu stellen. Dieser Beschluß wurde bereits vor zwei Jahren gefaßt, aber von gewissen Leuten an der Ausführung verhindert. In diesem Frühjahr wurde bereits eine Kommission mit dieser Angelegenheit betraut, deren Arbeiten sich jedoch verzögerten, da der Vertreter der Gemeinde selber Gemeinderat sein Interesse für sie hatte. Die Arbeiter werden sich doch hoffentlich merken! Unter Genosse Biele und Herr Dietrich erledigten diese Angelegenheit schließlich, nachdem man verächtlich hatte die Sache ausnahmslos hinausgeschoben. In einem Schreiben erwidert die Stadt Sangerhausen die Gemeinde Mischel zum Anlaß auf einen Brief gegen eine Verweigerung gefälligst gegen das Abhängen einer Quelle, welche den Mühltraben speist. Da circa ein Drittel der Einwohner das Wasser zur Wirtschaftszwecke benutze, war es dringend nötig, das Abhängen der Quelle zu verhindern. Auch wäre es Pflicht der Gemeinde für geringen Entschädigung an irgend die Gemeinde an Wasserfangen zu leisten. Vor allem wäre es angebracht, die Mischel der Gewerkschaft an ihre Pflichten zu erinnern.

Kreuz. Aktion, Metallarbeiter! Die Schloßer und Schmiedler der Firma Jahn & Co. haben sich entschlossen, nicht mehr ihre Arbeit für die Firma Jahn in Erfurt zu verrichten. Zugun von Metallarbeitern ist streng festzuhalten.

Beit. Massenfluß aus der Rüstungsanstalt. In veranlagter Nacht sind aus der hiesigen Korrekturenanstalt elf Zwillinge entflohen. Die Ausreiter entschieden dabei aus einem Baumbauwohnungsneubau vertriebene, einem dort beschäftigten Topfer gehörige Wandverschieber. Drei der Ausreiter wurden bereits wieder festgenommen.

Wasserstand.

Table with columns: Ort, Datum, Wasserstand, Fall, Steig. Includes locations like Artern, Döberpegel, Unterpegel, Weißenfels, etc.

Stich.

Table with columns: Ort, Datum, Wasserstand, Fall, Steig. Includes locations like Dresden, Torgau, Wittenberg, etc.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Überlicht, Parteiverordnungen, Ausland, Gewerkschaftliches, Kräfte und Personalien, Paul & Emma, Leines Wilhelm, Koenen, Braunschweig und Verammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Zum Reichstags-Wahlfonds.

Halle. Vortrag aus einem Kreis des Torgauer Bezirksführers Kreis im Torgauer Kreislichen 280 Mk. Weisen. Art. 7, ds. Mts. 340 Mk. von Kreisleitern aus Eisenberg d. Hartung 2. Mal. Joh. Steiner. Wochenschrift! Die Firma Lehmann & Hüny, Epremsberg N. 2., älteste und bekannteste Zuckfabrik, welche direkt an jedermann vertrieben, hat eine sehr reichhaltige Arbeiterkollektion zusammengebracht, mittels welcher die Arbeiter mit den neuesten Seiden-Abbildungen. Eine 5 Pf. Kollektion an die Firma geniet, um sofortiges Einbild in die neue Mode zu nehmen. Wir machen auf den der heutigen Nummer beigefügten Prospekt aufmerksam.

JUNO BESTE 2 Pf. CIGARETTE. Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt. urn:nbn:de:gvb:3:1-171133730-17067526219110823-11/fragment/page=0003

fassungreform stimmen konnte. Sollten wir mit unserer Zeitlich schließlich nach rechts hin neigen, so könne der Zeitpunkt eintreten, wo es heißen muß: da made ich nicht mehr mit! (Wieslimmiges Bravo!) Die Sozialdemokratie hat die Pflicht, ihr Programm hoch zu halten und den Kampf mit aller Schärfe und Klarheit zu führen. (Schürmiger Beifall.)

Genosse Oertel: Der Reichstagsrat schlägt einstimmig den Genossen Kuntz wiederum als Reichstagskandidaten vor. In der Diskussion stimmt Genosse Ketter dem Genossen Kuntz in allen Punkten zu. Genosse Ketter sagt: Mit dem Verhalten des Genossen Kuntz können wir vollständig einverstanden sein. Er hat im Sinne der halleschen Genossen gehandelt, was wir hier ansprechen müssen. Die ganze Situation zeigt uns ja, daß uns der parlamentarische Kampf nicht allein honorabilis bringt, zumal wir erfahren haben, wie die Reichstagsüber den Wert des Parlamentes denken. Genosse Fritz Kuntz wird hierauf einstimmig zum Reichstagskandidaten proklamiert. Genosse Kuntz dankt für den Beifall und erklärt, daß fernhin immer im Interesse der Partei wirken zu wollen. (Beifall.) Als Delegierte zum Parteitag werden gewählt: Hennig, Reinwand, Oertel, Frau Kühle.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 22. August 1911.

Auf zum Protest!

Die Massen heraus!

Die Kriegsgötze beutlühner Kapitalisten hat noch immer kein Ende gefunden. Da heißt es: Woll heraus und erhebe deine Stimme zu würdevollem Protest. Nicht die nationale Ehre und der Nationalismus sind der Grund für das Kriegsgelächel um Marokko. Nein, lediglich der elenden Profitgier einer Handvoll reicher Bourgeois wegen will man Leben und Gesundheit vieler Millionen von Menschen opfern. Wegen dieses gewissenlos Freiten muß das Volk, die Arbeiterklasse, sich zu ein Mann aufmachen.

Es bedarf nicht mehr der ernsten Lehren, daß von den Staats-oberhäuptern und von der Diplomatie die Sicherung des Weltfriedens nicht erzwungen werden kann. Die großen Entscheidungen, die zu diesem Frieden führen, hängen schließlich doch nur von der unbedingten Entschlossenheit der Arbeiterklasse aller Länder ab. Einen anderen entscheidenden Faktor für die Lösung der großen Frage gibt es nicht. So wird denn auch die hallesche Arbeiterklasse am Donnerstag durch Massenversammlungen im Volkspark eine machtvolle Kundgebung für den internationalen Frieden und gegen die feilen Kriegsgötze veranstalten.

Die hallesche Arbeiterklasse hat aber auch in ihrem örtlichen ständigen Kleinkrieg wiederum die Stimme gegen die Unterdrückung zu erheben. Es gilt, in Massen zu antworten auf den Schlag, den man ihrem Heim, dem Volkspark, zugefügt hat. In der Erkenntnis der Kriegskräfte, die diesen Streich herbeiführten, heißt es jetzt, doppelt seine Pflicht tun. Nur weitestgehende Anstrengung kann uns zum Sieg verhelfen! Darum Genossen und Genossinnen: Sorgt wieder für einen übermächtigen Rosenkranz, damit es klar erkannt werde:

Das Proletariat steht fest: gegen die Unterdrückung, für den Frieden!

Wann ist der Boykott als wirtschaftliches Kampfmittel erlaubt?

Bei den heutigen Lokalkämpfen, die vor der Reichstagswahl meistens mit aller Macht einsetzen, wird der wirtschaftliche Boykott wieder eine große Rolle spielen. Ueber die Grenzen des Erlaubten bei Handhabung dieses Kampfmittels hat sich

das Reichsgericht in einer seiner jüngsten Entscheidungen erschöpfend ausgesprochen. Es handelte sich in diesem Falle um den von der sozialdemokratischen Partei inszenierten Boykott der der Gemeinde Zehlendorf gebürtigen Kaufmannschaft Hüttenberg, deren Mitglieder durch einen Gemeinderatsbescheid unterlagert waren, den Saal für sozialdemokratische Versammlungen herzugeben. Für den ihm durch den Boykott entstandenen Schaden machte er außer den Bausachverständigen des Boykotts u. a. auch die Verlagsbuchhandlung von Dunderer & Co. verantwortlich, die diesen Wirtschaftskampf durch Artikel und Flugblätter unterstützt hatte. Das Kammergericht gab der Schadenersatzklage dem Grunde nach Recht, das Reichsgericht dagegen hob das Urteil auf und wies die Sache zur nachträglichen Verhandlung an die Bezirksinstanz zurück. Mit dem Berufungsgericht war das Reichsgericht darin einig, daß dieser Boykott an sich erlaubt gewesen sei. „Unrechtmäßig“ so führt der höchste Gerichtshof aus, „die Auffassung des Berufungsgerichts, ein an sich erlaubtes Kampfmittel, wie der Boykott, dürfe niemals gegen einen Dritten, hier den Wirtschaftskämpfer, angewendet werden, der zur unmittelbaren oder mittelbaren Abhilfe überhaupt außerstande sei. Ein Boykott ist nicht deshalb unzulässig, weil er sich gegen unzulässige Dritte richtet, oder weil diese darunter leiden. Ist eine Handlung nicht widerrechtlich, so verletzt sie nicht schon deshalb gegen die guten Sitten, weil derjenige, gegen den sie sich richtet oder gar Dritte Schaden dabei nehmen. Bei der gegenständlichen Auffassung würden die meisten Verbote oder ähnliche Maßnahmen und im weiteren eine große Anzahl von Kampfmitteln im wirtschaftlichen Interessensstreit als unerlaubte Handlungen gelten müssen. Deshalb sind von der Rechtsprechung z. B. auch die sogenannten Sympathieaktionen und andere ausübungen zugelassen worden.“ Das Berufungsgericht hatte jedoch die Frage bejaht, ob ein Verbot gegen die guten Sitten deshalb vorliege, weil das Mittel des Boykotts, der die Erstgenannten des Klägers vernichten sollte, außer Verhältnis stehe zu dem erstrebten Ziele, der Gewinnung eines Saales. Für die Veranstalter hat es sich aber, so sagt das Reichsgericht weiter, nicht nur um den Saal gehandelt, sondern um eine Gegenwehr gegen die Nichtzahlung ihrer Beiträge, sie verurtheilt daher nicht fiktiv, wenn sie ohne Rücksicht darauf, ob und welcher Schaden dem Kläger daraus erwachse, ihre Genossenschaftsmitglieder, mit ihnen durch Einstellung des Besuchs gegen eine ihnen von der Gemeinde angelegene ungleiche Behandlung Einspruch zu erheben. Des weiteren aber führt das Reichsgericht aus, es sei daran festzuhalten, daß öffentliche Kundgebungen in Versammlungen, Flugblättern, Zeitungsartikeln einen an sich berechtigten Boykott zu einer unzulässigen Handlung machen können, wenn sie der Gegner in beschämender Weise angehen oder mittels Unterdrückung oder Entziehung des wahren Sachverhalts in aufreizender Form die Beziehungen der Volksklassen aufzuklären suchen, dabei sei allerdings zu berücksichtigen, daß die Presse, die über den engeren Kreis der Geschädigten hinaus auf die weniger feinfühlig, an große Streit gewöhnte große Masse zu wirken suche, sich, gleichviel welcher Partei sie angehöre, beim politischen Kampfe härter und überdrückender ausdrücken zu können pflege, ohne daß das Volksempfinden darin einen Verstoß wider die guten Sitten erblicke.“ So kann das Reichsgericht noch nicht ohne Sittenwidrigkeit finden, daß der Bormärkte die Gemeinderatsentscheidung von Zehlendorf die perfönlichste Interessensverletzung der Beklagten genannt habe, aber es beanstandet mit dem Berufungsgericht die Androhung der Flugblätter wie „eßt prohenhafte Manier“, „Auseuter des Arbeitsewieses“, „Volksterrörder und Selbstmörder“. „Der wirtschaftliche wie der politische Kampf bedürfen solcher Beschimpfungen des Gegners nicht, sie können als Waffe vom Gesetz nicht gebildet werden.“ Andererseits irt das Berufungsgericht nach Ansicht des Reichsgerichts wieder darin, wenn es in dem rüchrischen Parteiextremismus ein Handeln wider die guten Sitten findet. „Seine Partei“, so sagt der erkennende Senat, „die auf straffe Justiz unter ihren Mitgliedern hält, kann es dulden, daß ihre Verhele oder Beschimpfungen diesem unbedacht gelassen werden. Es ist darum nicht unerlaubt, wenn sie die Beobachtung der Beschädigten den Mitgliedern eingeschärft und den Klägern oder Jünderhandlungen mit Strafen droht, denen sie sich fahrlässig für den Fall des Ungehorsams unterwerfen

haben.“ Das Reichsgericht läßt es ferner dahingestellt, ob das Boykottverbot an sich schon verwirklicht sei, jedenfalls aber ist es im fraglichen Falle über den Maß des Entschuldigens und Staatspflicht hinausgegangen und in der weitestgehenden Belagerung des Wirtschaftskämpfers und Eingriffes in den Lebensbereich des Dritten ein unmittelbarer Eingriff in den Lebensbereich des Dritten zu finden. Nach alledem könne sich eine Verurteilung zum Schadenersatz höchstens aus der Verletzung der Wirtschaftskämpfers und aus einzelnen Verurteilungen im Schadensbereich ergeben. Demnach aber eine Haftung dem Grunde nach schließend zu konstruieren, sei verfehlt und das Urteil deshalb aufzuheben und zurückzuverweisen. — Wegen eines energiegel. oder nach außen ruhig und sachlich durchgeführten Lokalkampfs kann also keine Schadenersatzklage kommen.

Der Streit in der Jemmsfabrik Saale in Oranau-Nielsen dauert unverändert fort.

Den Beratern der Firma ist es zum dritten Male gelungen, eine größere Zahl Streikbrecher unter Verdrückung des wahren Sachverhalts und unter der ausdrücklichen Versicherung, der Streit sei aufgehoben, herauszugeben. Von den im Streit Befehlhabenden ist hier nur drei Mann zu Arbeitswilligen geworden, der im Maschinenhaus beschäftigte W. Hiebel, der schon einmal hineingelaufene Hermann Schulz aus Kriebitz und der Schweißbohrer aus Schlettau. Die drei wollen sich, ihren Angaben nach, „Lebensstellungen“ sichern. Die Streikbrechertransporte sind auch jetzt wieder von der den Arbeitern schon bekannten Firma Guntz Wilschlag, Hübe, Möbels und Streikbrechertransportgesellschaft, Streikstraße 18, angeführt worden.

Verband der Betriebsarbeiter Deutschlands, Bahnhalle Halle.

Gegen die Zuerung

findet man jetzt endlich auch in der liberalen Sozialisten einige Worte. Aber heilhe nicht im reaktionellen Zeit. Dort werden an hervorragender Stelle die Verträge und Einwendungen zur Stimmungsmache für weitere Zuerungen gebracht. Liberale Proteste gegen die Mißhandlung und gegen die hohen Mißpreise werden in dem Sprechtal abgelehnt. Dort findet erstreuliche Weise nicht das, was die Sozialeitungsredaktion, sondern das was wir bisher gegen die Zuerung brauchen, traktige Unterstützung. Ein Einander fangelt gehörig die unerschämte Abkennntin ab, die sich erstreckt, für eine Selbsterklärung des Mißpreises auf 24 Pf. Stimmung zu machen und schreibt am Schluß: Das tonumierende Publikum wird aber solchen Treiben hoffentlich nicht länger hilflos zusehen und immer „antunloslos“ zahlen. — Ein anderer meint: Öffentlich lassen sich die Mißhandler durch die beschuldigten Maßnahmen der Mißpreisdreher nicht einschüchtern. Die Sympathie der Konsumenten, hauptsächlich derjenigen Kreise, die ihr Einkommen nicht unwillkürlich steigern können, ist ihnen sicher. Die Hausfrauen mühten natürlich die Mißhandler in der Durchführung ihres Standpunktes traktig unterstützen. Als vorübergehender Mißhandler ist konzertierte Schwelgerechtigkeit zu empfehlen. Die Gründe, die von den Mißpreisdreher für die Erhöhung angegeben worden sind, sind ganz allgemein gehalten und heißen nichts.

Ihre Hausfrauen, nehmt die Erhöhung nicht hilflos hin, sondern wehrt euch gegen eine Maßnahme, die in der Hauptsache nur auf Profitumtätigkeit der Mißhandlungen hinausläuft. Und ein dritter Einseiner wendet sich ebenfalls schärf gegen die Zuerung, die nur im Interesse einzelner liegt, indem er sagt:

„Das schlimmste dabei ist: Kritik in der Zeit der Not die Erhöhung ein, so kommt selber nie wieder die Zeit, wo der Kundgang erfolgt. Es wird dann auch in den guten Jahren der hohe Gewinn lachen eingestrichen, und der Konsument ist der Genarrte. Bei den Mißhandlern liegt's klar am Tage. In den Zeiten des Mißhandlungs sind sie mit ihren Preisen in die Höhe gegangen — warum nun gehen sie jetzt, wo man ihnen die völlig entgegengelegte Konjunktur haarscharf nachgewiesen hat, nicht wieder mit ihren Preisen herab? Wenn da einmal eine scharfe Be-

Sonder-Angebot

Serien-Preise für Anzüge und Hosen.

Von heute ab und die folgenden Tage wird ein Teil meiner Herren-Anzüge und Herren-Hosen, in Serien eingeteilt, zum Verkauf gestellt. Die Zusammenstellung dieser Serien und die Preise der einzelnen Gegenstände bilden ein äusserst vorteilhaftes Angebot.

Anzüge:	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI	Serie VII
	9 _₰	12 _₰	15 _₰	18 _₰	24 _₰	29 _₰	33 _₰
Hosen:	Serie I	Serie II	Serie III				
	2 _₰	3 _₰	5 _₰				

Die Anzüge Serie IV und Hosen Serie III bitte besonders zu beachten.

Herren- und Knaben-Moden.

S. WEISS

HALLE a. S. am Markt.

